



informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt
Nummer 48 | Frühjahr 2015

Antiziganismus

- Seite 3: Vor Gericht I: Jugendarrest nach rassistischem Angriff in Merseburg
- Seite 4: Vor Gericht II: Klare Worte nach rassistischem Angriff in Haldensleben
- Seite 6: Interview mit zwei Romnija über ihre Situation in Rumänien und Halle-Silberhöhe
- Seite 9: Verweigerte Wahrnehmung: Antiziganistische Gewalt
- Seite 10: Jahresbilanz 2014 der Mobilen Opferberatung
- Seite 12: Tipps: Neues Online-Dossier und neue Dokumentarfilme zum „Porajmos“

▶ beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ▶▶

Liebe Leserinnen und Leser, Liebe Freundinnen und Freunde,

die anhaltenden rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlinge prägen nicht erst seit Beginn der Pegida-Aufmärsche in Dresden im vergangenen Oktober und dem Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz die Arbeit der Mobilen Opferberatung. Viele unserer Klient_innen berichten uns sowohl von rassistisch motivierten Gewalt- als auch von Diskriminierungserfahrungen. Allzu häufig erfährt eine breitere Öffentlichkeit jedoch nicht, wie lange die Folgen eines rassistischen Angriffs den Alltag der Betroffenen beeinträchtigen – wie beispielsweise im Fall von Jonas M. aus Merseburg (s. Artikel auf S. 3) ■ Von der Mehrheitsbevölkerung kaum wahrgenommen sind auch Rrom_nja und Sinti_zza* häufig rassistisch und antiziganistisch motivierten Angriffen ausgesetzt. Seit über einem Jahr findet beispielsweise eine massive Kampagne gegen rumänische Rrom_nja-Familien im Stadtteil Silberhöhe in Halle (s. Interview ab S. 8) statt. Weil wir in der Unterstützung der Betroffenen unmittelbar erlebt haben, wie weit verbreitet Vorurteile und Hass gegen Rrom_nja sind, haben wir uns für Antiziganismus** als Schwerpunktthema der „informationen“ entschieden. ■ Zur Jahrhunderte alten Geschichte der Ausgrenzung und Verachtung von Rrom_nja und Sinti_zza gehört auch der „Porajmos“, der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Rrom_nja. Im mit NS-Deutschland verbündeten Rumänien beispielsweise starb etwa die Hälfte der 25.000 in den Lagern von Transnistrien internierten Rrom_nja – Seite an Seite mit Juden und Jüdinnen. Andere Rrom_nja wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Der „Porajmos“, dem rund 500.000 Kinder, Frauen und Männer zum Opfer fielen, ist auch eine der mittelbaren Ursachen für die Flucht- und Migrationsbewegungen sowohl jugoslawischer als auch osteuropäischer Rom_nja. Deshalb begründen u.a. „alle bleiben“ und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste die Forderung nach einem Bleiberecht in Deutschland für Rrom_nja aus den seit September 2014 zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärten Ländern Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina auch mit der historischen Verantwortung für den dort verübten NS-Völkermord. Der asylpolitische Antiziganismus korrespondiert im übrigen mit dem gesellschaftlichen Hass gegen Rrom_nja: Im Jahr 2014 lehnten mehr als die Hälfte der Befragten in der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig Sinti_ezza und Rrom_nja als Nachbarn ab. ■ Ob Rrom_nja in Halle-Silberhöhe oder junge Antifaschist_innen in Bitterfeld: Alle Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt sind auf unsere und Eure Solidarität dringend angewiesen.

Das Team der Mobilen Opferberatung

* gegenderte Form von Roma und Sinti ** Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Antiziganismus“, dem die rassistische Zuschreibung innewohnt, finden Interessierte u.a. in dem Sammelband „Antiziganistische Zustände 2“ (Hg. Markus End, Münster 2013). Da der Begriff das System von Stigmatisierung und Gewalt aber gut zusammenfasst und bisher noch keine auch von der Mehrheit der Selbstorganisationen favorisierte Alternative existiert, haben wir ihn hier beibehalten.

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

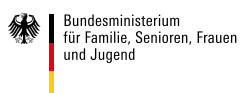
Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Antje Arndt (V.i.S.d.P.), Heike Keffner

Gestaltung: krannich | typo Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titelfoto: alle bleiben! Kenan Emini/Romadness, www.alle-bleiben.info

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



getragen von:



und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



VOR RICHT I:

DREI WOCHEN JUGENDARREST NACH RASSISTISCHEM ANGRIFF IN MERSEBURG

Mit einem Freispruch und einer geringfügigen Jugendstrafe von drei Wochen Dauerarrest endete im November 2014 die erste Hauptverhandlung vor dem Jugendrichter am Amtsgericht Merseburg, bei der erstmals über einen der zahlreichen rassistischen Angriffe verhandelt wurde, die im Jahr 2014 von der Mobilen Opferberatung in Merseburg und Umgebung registriert wurden. Die Staatsanwaltschaft Halle hatte zwei 19- bzw. 23-Jahre alte Brüder angeklagt, im Februar 2014 in der Unterführung des Merseburger Bahnhofs einen in Merseburg lebenden somalischen Flüchtling rassistisch beleidigt, angegriffen und dabei verletzt zu haben.

„RAUS AUS DEUTSCHLAND“

Am zweiten Prozesstag im Oktober 2014 beschrieb der 23-jährige Betroffene, der in dem Prozess als Nebenkläger auftrat, den Angriff. Er sei am frühen Abend des 20. Februar 2014 auf dem Weg vom Fußballtraining nach Hause gewesen, als er gegen 19:30 Uhr in der Unterführung des Merseburger Bahnhofs von zwei ihm unbekanntem Männern rassistisch beschimpft wurde. Als er darauf nicht reagiert habe, so Jonas M. (Name geändert) weiter, hätten die Angreifer ihn von hinten gepackt, seinen Kopf mehrfach mit voller Wucht gegen die Tunnelwand geschlagen und „Raus aus Deutschland“ und „Das ist nicht dein Land“ gebrüllt. Als Jonas M. zu Boden fiel, traten die Angreifer weiter auf ihn ein. Erst als ein Passant, der vor Gericht auch als Zeuge aussagte, dem Somalier zu Hilfe eilte, ließen die Angreifer von ihm ab und flüchteten. Dazu sagte der 23-Jährige im Prozess mit stockender Stimme: „Wenn der Mann nicht gekommen wäre, hätten sie mich vielleicht umgebracht“. Auf eine Frage der Staatsanwältin nach seinen Gefühlen während der rassistischen Beschimpfungen antwortete Jonas M.: „Ich fühlte mich, als ob ich keine Rechte habe, als ob ich ein Tier bin“.

Die Angreifer fügten Jonas M. blutende Verletzungen an Kopf, Rücken und Beinen zu, und der 23-Jährige leidet noch immer an den körperlichen und seelischen Folgen der Gewalttat. Bis zum Prozessbeginn konnte er aufgrund der Sprunggelenkverletzung, die ihm die Angreifer durch die Tritte zufügt hatten, nicht mehr Fußball spielen – und verlor dadurch seine wichtigsten sozialen Kontakte.

DREI WOCHEN DAUERARREST

Nach vier Verhandlungstagen und der Anhörung von sieben Zeugen wurden am 6. November 2014 schließlich die Plädoyers gehalten und das Urteil gesprochen. In ihrem Plädoyer betonte die Staatsanwältin, dass

1. JANUAR HALLE (SAALE)

Ein 20-jähriger Flüchtling aus dem Niger besucht mit Freunden den Club Las Vegas in Halle-Neustadt. Später verlässt er kurz den Tisch, um sich eine Cola zu kaufen, während seine Freunde tanzen. Als er zurückkommt, sitzen dort fünf unbekannte Weiße Männer. Sie pöbeln den 20-Jährigen an und erklären, er habe hier nichts zu suchen. Daraufhin will er seine Jacke vom Stuhl nehmen, was ihm jedoch verwehrt wird. Plötzlich steht einer der Männer auf, zieht eine Waffe und bedroht ihn mit den Worten „Ich werde dich töten“. Dann schlägt der Angreifer mit dem Knauf der Waffe gegen den Kopf des Betroffenen, der daraufhin blutend zu Boden stürzt. Der Angreifer bedroht den 20-Jährigen weiter, während seine Freunde die Polizei rufen. Als die Beamten vor Ort eintreffen, sind der Angreifer und dessen Begleiter geflohen.

4. JANUAR MAGDEBURG

In einer Straßenbahn auf dem Weg zum Hauptbahnhof werden in den frühen Morgenstunden vier irakische Flüchtlinge aus einer Gruppe von rechten Fußballhooligans heraus rassistisch beschimpft und dann geschlagen. Die Angreifer kamen zuvor aus der Diskothek „Fun Factory“. Es wird gegen einen 26-Jährigen wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

4. JANUAR MAGDEBURG

Als gegen 2 Uhr morgens in der Diskothek „Fun Factory“ die Ansage „Die Factory ist bunt statt braun“ gemacht wird, stürmt eine Gruppe von ca. 20 Personen aus dem Umfeld der rechten Fußballhooligan-gruppe "Blue White Street Elite" die Tanzfläche. Einige der Männer zeigen den Hitlergruß und schlagen auf Gäste ein. Mindestens ein Besucher der Diskothek wird am Kopf verletzt. Zudem beleidigen die Angreifer weitere Anwesende. Nachdem die Security die Rechten aus der Diskothek verweist, nehmen Polizeibeamte Anzeigen auf, stellen Personalien fest und erteilen den Angreifern, die überwiegend aus dem Jerichower Land kommen, Platzverweise. Die Staatsanwaltschaft Magdeburg ermittelt mittlerweile gegen 15 Beschuldigte wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung.

15. JANUAR GARDELEGEN

Ein linker Jugendlicher befindet sich auf gerade dem Weg zum Bahnhof, als er auf zwei ihm bekannte Rechte trifft. Sofort schlägt ihm einer der Rechten mit der Faust ins Gesicht, der andere beleidigt ihn mit "Zeckenschwein". Danach flüchten die Angreifer mit einem Auto. Der Betroffene, der stark aus dem Mund blutet, verpasst aufgrund des Angriffs seinen Zug und muss sich um eine Mitfahrgelegenheit bei Freunden kümmern.

sie die Darstellungen des Betroffenen für glaubhaft halte, dass während des Angriffs mehrfach rassistische Beleidigungen geäußert worden seien. Sie fügte hinzu, dass die Forderung der Täter, der Betroffene solle „raus aus Deutschland“ so sei, als wenn ihm das Recht auf Asyl abgesprochen würde. Schließlich beantragte die Staatsanwältin für den 19-jährigen Angeklagten vier Wochen Dauerarrest und für seinen älteren Bruder Freispruch, da ihm seine Beteiligung an dem Angriff nicht nachgewiesen werden konnte. Zudem kündigte die Staatsanwaltschaft ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen einen 20-jährigen Zeugen an, der von einem der Angeklagten in der Hauptverhandlung als eigentlicher Mitangreifer belastet wurde.

Jugendrichter Seidel sprach den 23-jährigen Angeklagten dann auch aus Mangel an Beweisen frei und verurteilte den 19-jährigen Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu vierzig Stunden gemeinnütziger Arbeit und drei Wochen Dauerarrest. Da der Angeklagte bereits drei Wochen in Untersuchungshaft gesessen hatte, galt der Jugendarrest als abgegolten. Wie schon in anderen Fällen berücksichtigte der Jugendrichter auch bei diesem Angriff die rassistische Tatmotivation nicht als strafscharfend. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig. ■

VOR RICHTER II:

AMTSGERICHT HALDENSLEBEN: KLARE WORTE NACH RASSISTISCHEM ANGRIFF

Am 3. Februar 2015 verurteilte das Amtsgericht Haldensleben einen mehrfach wegen Körperverletzungsdelikten vorbestraften 36-Jährigen wegen eines rassistischen Angriffs auf einen Verwaltungsangestellten am 15. Juni 2014 zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie zu 1.000 Euro Geldstrafe. Das Gericht begründete das Strafmaß in der mündlichen Urteilsverkündung ausdrücklich mit der rassistischen Motivation, die in dem Angriff zutage getreten sei.

ANGRIFF IM GROSSRAUMABTEIL

Der zum Tatzeitpunkt 30-jährige Verwaltungsangestellte befand sich am Abend des 15. Juni auf dem Rückweg von Magdeburg nach Wolfsburg im Großraumabteil eines Regionalexpresszugs. Einer der anderen Fahrgäste, ein etwa gleichaltriger Mann, spielte so lautstark über seinen Tablet Musik ab, dass ihn der Verwaltungsangestellte aufforderte, Kopfhörer zu benutzen. Der Mann weigerte sich, beleidigte den 30-Jährigen rassistisch und versuchte ihm eine so genannte „Kopfnuss“ zu geben. Der Angegriffene wollte zu seinem Platz zurückkehren. Doch der 36-Jährige ging ihm hinterher und versetzte ihm einen Schlag von hinten in den Nacken. Der Betroffene drehte sich um und wurde von dem Fahr-

gast unter erneuten rassistischen Beleidigungen mehrmals gegen den Kopf und Oberkörper geschlagen. Nachdem der 30-Jährige sich zunächst durch Ducken schützte, wehrte er sich nach weiteren Schlägen. Daraufhin griffen Mitreisende ein und trennten die beiden Männer. Nach einer erneuten körperlichen Auseinandersetzung einige Minuten später wurde der Fahrgast unter anderem von einem nicht dienstlich mitreisenden Polizisten in Haldensleben aus dem Zug gedrängt.

Der Verwaltungsangestellte erlitt durch den Angriff neben einer Prellung unter anderem eine langwierige und schmerzhaft Verletzung an der Hand. Außerdem wurde er, wie auch die Staatsanwaltschaft in der Verhandlung betonte, durch die rassistischen Beleidigungen in seiner Ehre verletzt.

POSITIVE ERFAHRUNG VOR RICHTER

Gegenüber der Mobilen Opferberatung berichtete der Betroffene später, dass er die polizeiliche Vernehmung abgebrochen hatte, weil er die Fragen der Beamtin als unfair und übergriffig empfunden hatte. Dennoch schaltete er keinen Anwalt ein. Daher waren ihm der Ablauf, die Rahmenbedingungen, aber auch seine eigenen Rechte als Opferzeuge vor Gericht sehr unklar. Als der Betroffene dann wenige Tage vor Prozessbeginn einen Kontakt zur Mobilen Opferberatung herstellte, machte er deutlich, dass er sich von der juristischen Aufarbeitung vor allem eine Anerkennung des Erlebten und eine Strafe wünschte, die den Angreifer von weiteren Taten abhalten würde.

In der Hauptverhandlung rügte die Richterin den Angeklagten scharf, als dieser behauptete nicht gewusst zu haben, dass er mit seiner Wortwahl zu rassistischen Schimpfworten gegriffen hatte. „Wollen Sie mir das wirklich erzählen?“ lautete die deutliche Kritik der Richterin. Die Aussage des Angeklagten schien auch deshalb unglaubwürdig, weil er als Motivation für seinen Angriff angab, er habe sich in seinem Leben alles erarbeiten müssen und dann komme „so einer“, „zeterer“ ihn „in schlechtem Deutsch“ an und wolle ihm „alles kaputt machen“. Zudem beschwerte er sich darüber, dass auch der Angegriffene wütend geworden sei und sich gewehrt habe, was die Richterin zu der Frage veranlasste, ob er ein Dankeschön für seinen Nackenschlag erwartet habe.

KEIN KAVALIERSDELIKT

Der Angeklagte, dessen Bundeszentralregisterauszug mehr als ein Dutzend Einträge, darunter auch Körperverletzungsdelikte aufweist, wurde wegen Körperverletzung und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten mit einer Bewährungszeit von drei Jahren sowie einer Geldstrafe von 1.000 Euro an die Landeskasse verurteilt. Die Richterin erklärte zum Strafmaß, die Tat sei „kein Kavaliersdelikt“ gewesen – „auch wegen des fremdenfeindlichen Hintergrundes“. ■

20. JANUAR MAGDEBURG

Ein 21-jähriger Flüchtling aus Eritrea wird am Abend in einer Straßenbahn von drei Jugendlichen erst bespuckt und dann getreten. Einer der Angreifer reißt dem 21-Jährigen noch seine Kette vom Hals. Dann gelingt es anderen Flüchtlingen, die sich auch in der Bahn befinden, ihm zu Hilfe zu kommen. Die Angreifer können zunächst entkommen. Später stellt die Polizei zwei 14- und 15-jährige Magdeburger als Tatverdächtige fest.

23. FEBRUAR BITTERFELD-WOLFEN

Am Rand der von Rechten und Querfront-Aktivisten organisierten „Montagsmahnwache für den Frieden – Bitterfeld“ wird ein Gegendemonstrant von einem Ordner der Kundgebung angegriffen und geschubst. Die Gegendemonstrant_innen versammeln sich regelmäßig, um rassistische und antisemitische Äußerungen der Teilnehmer_innen der so genannten „Mahnwache“ nicht un widersprochen zu lassen.

28. FEBRUAR HALLE (SAALE)

Kurz nach Mitternacht setzen Unbekannte einen Kleintransporter vor einem Wohnblock im Stadtteil Halle-Silberhöhe in Brand. Das Fahrzeug, das einer Roma-Familie gehört, brennt völlig aus. Ein daneben parkender PKW wird ebenfalls beschädigt. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. Bereits 2014 wurden drei Fahrzeuge von im Stadtteil lebenden rumänischen Roma angezündet und beschädigt.

9. MÄRZ HALLE (SAALE)

Am Nachmittag wird eine 44-jährige Frau aus dem Niger in ihrem Wohnhaus im Stadtteil Halle-Südstadt unvermittelt von einem 26-jährigen Mann geschlagen. Unter rassistischen Beleidigungen tritt der Angreifer weiter mehrfach auf sie ein und verschwindet dann. Die Betroffene muss mit Hämatomen und Schwellungen im Krankenhaus behandelt werden. Der polizeibekannt Angreifer konnte mittlerweile identifiziert werden. Gegen ihn wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

20. MÄRZ BITTERFELD-WOLFEN

Gegen 22 Uhr dringen sechs teilweise vermummte Neonazis in die Wohnung eines 27-jährigen Alternativen ein. Der 27-Jährige wird zu Boden geschlagen und getreten. Er erleidet mehrere Prellungen und Schürfwunden. Die Angreifer drohen ihm zudem: „Scheiß Dreckszecke, lass dich nicht mehr auf der Straße blicken, sonst bist du tot“. Die Freundin des Betroffenen erhält einen Tritt in den Bauch. Als die Neonazis jemanden im gegenüberliegenden Haus bemerken, rufen sie „Da ist noch eine Dreckszecke“ und versuchen auch in dieses Haus einzudringen. Dem Betroffenen und seinen Eltern gelingt es jedoch, die Tür zuzuhalten. Die Staatsanwaltschaft Dessau ermittelt u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung. Zuvor hatten Neonazis politisch Aktiven, die gegen einen Aufmarsch der Freien Kameradschaften in Dessau am 7. März 2015 demonstriert hatten, mit „Hausbesuchen“ gedroht.

„WIR SIND AUCH MENSCHEN.“

Seit einem Jahr unterstützt die Mobile Opferberatung in Halle-Silberhöhe eine Gruppe von zugewanderten rumänischen Rrom_nja. Gegen die knapp drei Dutzend Familien gibt es im Viertel massive Hetzkampagnen einer so genannten „Bürgerwehr“. In einer Facebook-Gruppe mit mehr als 600 „Fans“ wurden die Familien als „Viehzeug“ und „Pack“ beschimpft. Im Sommer 2014 sprühten unbekannte Täter Hakenkreuze und Parolen wie „Roma rauSS“ an Häuserwände im Stadtteil. Zwei Mal marschierten mehrere hundert Neonazis und Anwohner_innen durch die Silberhöhe und skandierten lautstark rassistische Parolen. Immer wieder kommt es zu rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und auch körperlichen Angriffen. Zudem wurden viermal Autos von Rrom_nja-Familien angezündet bzw. deren Scheiben eingeschlagen. Im Winter 2014 hatte die Mobile Opferberatung deshalb einen Spendenaufruf gestartet: Durch die 3.500 Euro, die dabei innerhalb kurzer Zeit zusammen kamen, konnte eine betroffene Familie ein Ersatzfahrzeug kaufen und den anderen Familien wenigstens einen Teil des entstandenen Schadens ersetzt werden. Doch die Spendenkampagne ist nicht das einzige Zeichen von Solidarität: Initiativen wie das Bündnis „Halle gegen Rechts“, Vertreter_innen demokratischer Parteien und antirassistische Gruppen organisieren immer dann Gegenveranstaltungen, wenn die so genannte „Bürgerwehr“ öffentlichkeitswirksam auftreten will. Im Gespräch mit der Mobilien Opferberatung betonten Vera Simion und Dana Coriolan (Namen auf Wunsch der Betroffenen geändert) immer wieder, wie sehr sie die Unterstützung von Nachbar_innen und Initiativen schätzen. Deutlich wird aber auch, dass die Angst vor weiteren Angriffen und Bedrohungen ihren Alltag einschränkt.

Frau Simion, welche Erinnerungen verbinden Sie mit dem nationalsozialistischen Deutschland?

Vera Simion: Meine Großeltern und meine Mutter wurden gemeinsam mit anderen rumänischen Roma zur Zwangsarbeit ins nationalsozialistische Deutschland verschleppt. Meine Mutter war damals noch ein Kind und sie hat mir immer wieder davon erzählt, wie schwer ihre Eltern – also meine Großeltern – dann als Zwangsarbeiter arbeiten mussten. Vor einigen Jahren hat meine Mutter eine kleine Entschädigung von 1.000 Euro aus Deutschland erhalten. Nach dem Krieg mussten meine Großeltern den ganzen Weg von Deutschland nach Rumänien zu Fuß gehen. Auch daran hat sich meine Mutter noch sehr genau erinnert.

Und wie würden Sie die Situation für Roma dann nach 1945 im kommunistischen Rumänien beschreiben – auch im Vergleich zu heute?

Vera Simion: Zu dieser Zeit gab es mehr Arbeitsplätze für Roma. Das heißt, man konnte arbeiten und das Geld hat gereicht, um die Familie

zu ernähren, um einen Herd, eine Waschmaschine oder einen Fernseher zu kaufen. Aber das änderte sich nach der Wende sofort: Es gab einfach keine Arbeitsplätze mehr für uns.

Welche Folgen hatte das für Sie und ihre Familien?

Dana Coriolan: Wir haben in Rumänien in extremer Armut gelebt. Ich habe vier Kinder und dreizehn Enkel – und wir hatten in Rumänien kein Einkommen, rein gar nichts, womit wir unsere Kinder und Enkelkinder ernähren konnten.

Vera Simion: Die Situation in Rumänien war wirklich zum Verzweifeln, deshalb sind wir nach Deutschland gekommen. Wir haben einfach die Hoffnung, für unsere Kinder ein besseres Leben in Deutschland zu schaffen. Wir sind ja auch Europäer und haben wie alle anderen EU-Bürger auch das Recht hierher zu kommen.

Dana Coriolan: Wir sind ja nicht hierher gekommen, um herumzusitzen. Wir wollen einfach in Deutschland arbeiten.

Und wie würden Sie Ihr derzeitiges Leben in Deutschland beschreiben?

Vera Simion: Seitdem wir in Deutschland sind, sehen wir die Zukunft auf jeden Fall etwas optimistischer. Man hilft uns, wir gehen zum Deutschunterricht und wir lernen die Sprache zu sprechen und zu schreiben. Unsere Männer haben hier Arbeit gefunden. Das ist wirklich gut. Aber es gibt auch eine andere Seite: Wir wollen in Frieden leben und unsere Bitte ist, dass uns niemand verbal oder körperlich angreift.

Dana Coriolan: Mein Mann hat in Rumänien die Schule besucht, er kann lesen und schreiben. Er hat auch schnell Deutsch gelernt und eine Arbeit gefunden. Und auch unsere Kinder haben in Rumänien die Schule besucht und finden sich deshalb hier in Deutschland schon ganz gut zu recht. Aber meine Eltern waren zu arm, um mich in Rumänien zur Schule zu schicken. Ich kann deshalb weder schreiben noch mit meinem Namen unterschreiben. Deswegen fällt es mir auch so schwer Deutsch zu lernen. Das ist aber kein Grund, dass sich Leute über uns lustig machen und sich über uns beschweren.

Welche Erfahrungen haben Sie denn mit den Nachbarn und im Stadtteil Silberhöhe gemacht?

Vera Simion: Wir leben jetzt seit einem Jahr auf der Silberhöhe in Halle. Meine Bilanz ist gemischt: Einerseits kommen Nachbarn vorbei und schenken unseren Kindern Süßigkeiten; es gibt Nachbarn, die uns besuchen und wir besuchen sie. Und dann gibt es Leute, die uns mit Aggressionen begegnen – und wir verstehen nicht warum. Am Anfang haben wir gedacht, dass uns die Nachbarn nicht mögen, weil unsere Kinder lauter sind – sie kommen ja vom Land. Aber letztendlich hat sich darüber noch niemand beschwert.

23. MÄRZ MAGDEBURG

Etwa zehn Gegendemonstrant_innen werden am Rande des Magida-Aufmarsches von einer Gruppe von mehreren Rechten angegriffen. Die Angreifer kommen plötzlich aus einem Gebüsch hervor und rennen mit der Ansage „Jetzt seid ihr dran“ auf sie zu. Zunächst können die Linken fliehen. Dabei stolpert jedoch einer von ihnen, wird von zwei Verfolgern eingeholt und auf dem Boden liegend mehrfach ins Gesicht getreten. Auch die anderen Rechten kommen hinzu und der Betroffene erhält mindestens einen weiteren Tritt. Erst dann lassen die Angreifer von ihm ab und fliehen. Der Gegendemonstrant erleidet schmerzhaft Prellungen an Kopf und Rippen.

1. APRIL BITTERFELD-WOLFEN OT GREPPIN

In der Nacht wird ein 26-Jähriger von zwei vermummten Rechten in seiner Wohnung überfallen und misshandelt. Der Betroffene hatte im Glauben, dass sein Nachbar zu Besuch käme, die Wohnungstür geöffnet. Stattdessen wird er von den Angreifern am Hals gepackt und in sein Wohnzimmer geschleift. Dort schlagen die Rechten auf ihn ein und stellen ihm Fragen zur linken Szene und seiner eigenen politischen Überzeugung. Zudem durchsuchen sie die Wohnung nach Wertsachen. Bevor die Angreifer schließlich fliehen, rammt einer der beiden dem Betroffenen noch einen Schraubenzieher in den Oberschenkel.

4. APRIL TRÖGLITZ (BURGENLANDKREIS)

Unbekannte Täter setzen in der Nacht zwei Gebäude in Brand, in denen rund 40 Flüchtlinge untergebracht werden sollten. In einem der Häuser wohnten noch zwei Personen, die sich vor den Flammen in Sicherheit bringen können. Vier Tage vor dem Brandanschlag hatten bei einer Bürgerversammlung Neonazis gedroht, den Einzug der Flüchtlinge zu verhindern. Nachdem bekannt geworden war, dass in Tröglitz Flüchtlinge untergebracht werden sollten, hatten Neonazis und NPD ab Anfang Januar 2015 wöchentlich zu sogenannten „Lichterspaziergängen“ aufgerufen, an denen sich jeweils rund 80 Rechte beteiligten. Am 7. März 2015 trat der ehrenamtliche Bürgermeister Markus Nierth (parteilos) zurück und begründete diesen Schritt damit, dass das Landratsamt einen Neonazi-Aufmarsch zu seinem Wohnhaus nicht verboten hatte. Am 15. März demonstrierten rund 200 Neonazis erneut in Tröglitz, genauso viele Menschen kamen zu einem Friedensgebet in die Kirche. Am 16. März gab das LKA Sachsen-Anhalt bekannt, dass es Morddrohungen gegen Markus Nierth prüfe. Am 18. März wurde an der geplanten Unterkunft ein Hakenkreuz entdeckt. Nach dem Brandanschlag ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen schwerer Brandstiftung. LKA-Präsident Jürgen Schmökel erklärte, man ermittle in alle Richtungen. Die Täter könnten Rechte sein, es sei aber auch möglich, dass die Tat begangen wurde, um „eine bestimmte politische Richtung zu diskreditieren“.

Dana Coriolan: Vor dem Supermarkt stehen Männer, die dort Alkohol trinken und immer mal wieder mit Flaschen nach uns werfen und ihre Hunde auf uns hetzen. Die Kinder erschrecken sich dann und laufen schnell weg. Sie haben Angst davor, am Supermarkt vorbei zu gehen.

Vera Simion: Sie rufen uns etwas auf Deutsch nach und beschimpfen uns. Wir verstehen sie nicht, nur das Wort „Zigeuner“ verstehen wir. Wir sagen nichts, schauen nicht hin, gehen so schnell wir können weiter, damit sie uns nicht angreifen. Aber das hilft nichts, sie spucken uns an, sie beschimpfen uns.

Dana Coriolan: Es ist ein Problem, dass wir denen, die uns angreifen und beleidigen, nicht auf Deutsch antworten können. Sonst würden wir mit ihnen diskutieren und ihnen sagen: Wir sind auch Menschen und keine Tiere! Manchmal denke ich, dass wir hier wegziehen müssen.

Am 22. März 2015 marschierten knapp 200 Neonazis unter dem Motto „Sicher leben – Asylflut stoppen“ durch Halle-Silberhöhe. Was haben Sie von dem Aufmarsch in ihrem Stadtteil mitbekommen?

Vera Simion: Keiner von uns hat an dem Tag das Haus verlassen. Wir wussten ja durch die Plakate und von den Nachbarn, dass eine Demonstration stattfinden soll, die sich gegen uns richtet. Unsere Nachbarn haben uns geraten, nicht rauszugehen.

In den letzten Monaten sind zudem mehrere Autos, die Rumänen gehörten, angezündet worden. Welche Konsequenzen hat das für Sie?

Dana Coriolan: Für diejenigen, die ihre Autos durch die Brandstiftungen verloren haben, ist es jetzt sehr schwer, weil sie die Fahrzeuge gebraucht haben, um zur Arbeit zu kommen. Um ehrlich zu sein: Wir haben ziemliche Angst – um unsere Familien, unsere Kinder, unsere Autos

Vera Simion: Mein Mann geht deshalb zu Fuß zur Arbeit.

Was würden Sie sich an Veränderungen wünschen?

Dana Coriolan: Unser größter Wunsch ist es, ganz normal mit unseren Nachbarn zusammen zu leben – dass wir uns nicht streiten, nicht beschimpft und nicht geschlagen werden. ■

VERWEIGERTE WAHRNEHMUNG: ANTIZIGANISTISCHE GEWALT

Am 8. April, dem internationalen Tag der Roma und Sinti, machten erneut zahlreiche Selbstorganisationen auf die massive Ausgrenzung und Gewalt aufmerksam, die sich immer noch europaweit gegen sie richtet. Auf einer Kundgebung in Berlin kritisierten Redner_innen auch die strukturelle Diskriminierung, die sich z.B. in der in der Statusänderung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten äußert. Dabei existieren für Rrom_nja in diesen Ländern Menschenrechte vielfach nur auf dem Papier.

Auch die mediale Berichterstattung ist geprägt von Abwertungen und Stereotypen. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma veröffentlichte dazu 2014 eine Studie und resümierte: „Dabei muss für die deutsche Medienlandschaft insgesamt davon ausgegangen werden, (...) dass durchgängig (...) bestehende Stereotype reproduziert, ethnozentristische Positionen eingenommen und antiziganistische Diskurse fortgeführt werden.“

Der seit Jahrhunderten gewachsene und weit verbreitete Antiziganismus in der deutschen Gesellschaft „entlädt“ sich immer wieder auch gewaltvoll auf der Straße. Die Angriffe in Halle-Silberhöhe stehen bei weitem nicht isoliert. Brandanschläge wie im November 2010 in Gelsenkirchen auf Wohnwagen von Sinti_zza und Rrom_nja oder im Oktober 2013 auf das Kulturzentrum „Maro Kher“ in Oldenburg verdeutlichen die potentiell tödliche Gefahr. Die Verachtung gegenüber Sinti_zza und Rrom_nja zeigt sich auch in der Schändung der wenigen Mahnmale für die Opfer des NS-Völkermords wie beispielsweise der Gedenkstele in Merseburg, die zuletzt im Frühjahr 2014 mit Fäkalien beschmiert wurde.

LEERSTELLE IN DER BEHÖRDLICHEN ERFASSUNG

Oftmals wird antiziganistische Gewalt von den Ermittlungsbehörden nicht als solche wahrgenommen und anerkannt wie zum Beispiel die oben genannten Brandanschläge oder die Angriffe auf Rrom_nja in Halle-Silberhöhe. Und bis heute existiert eine absolute Leerstelle bei der Erfassung von antiziganistisch motivierter Gewalt im polizeilichen Meldesystem für politisch rechts motivierte Gewalt (PMK-rechts). In den jeweiligen Jahresstatistiken der Innenministerien der Länder und in den Verfassungsschutzberichten wird ausschließlich zwischen „fremdenfeindlicher“ und „antisemitischer“ Motivation unterschieden. So fehlt eine Möglichkeit, das Ausmaß von Propagandadelikten, Bedrohungen und Gewalttaten gegen Rrom_nja und Sinti_zza zumindest ansatzweise aufzuzeigen. Momentan ist es vor allem den Selbstorganisationen wie Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Amaro Foro zu verdanken, dass einige besonders gravierende antiziganistische Gewalttaten der vergangenen Jahre öffentlich bekannt wurden.

6. APRIL BURGENLANDKREIS

Der Landrat des Burgenlandkreises, Götz Ulrich (CDU), macht E-Mails mit Morddrohungen öffentlich, die sich sowohl gegen ihn selbst als auch gegen seine Familie richten. Die unbekannteren Täter drohen dem Landrat u.a. man werde wie bei der „französischen Revolution mit ihm umgehen“. Die Polizei verstärkt den Personenschutz für Ulrich, der sich für die Unterbringung von Flüchtlingen in Tröglitz (Burgenlandkreis) einsetzt.

9. APRIL BITTERFELD-WOLFEN

Ein linker Jugendlicher wird abends am Bitterfelder Bahnhof von zwei Neonazis angegriffen. Einer der Täter schlägt dem 16-jährigen Betroffenen mit einem Baseballschläger mehrfach auf die Schulter, während der zweite Angreifer – ein 21-jähriger bekannter Neonazi - den Betroffenen schlägt und tritt. Dann flüchten die Angreifer mit einem Auto vom Tatort. Der 21-jährige Angreifer wird später vorläufig festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Dessau stellt Antrag auf Erlass eines Haftbefehls. Der 16-Jährige muss wegen seiner Verletzungen ambulant im Krankenhaus behandelt werden.



15. APRIL BITTERFELD-WOLFEN

Im Stadtpark „Grüne Lunge“ werden abends zwei Flüchtlinge durch drei Rechte aus Bitterfeld und Wolfen im Alter zwischen 22 und 30 Jahren zunächst rassistisch beleidigt und dann mit leeren Flaschen beworfen. Die Betroffenen werden u.a. am Rücken getroffen und stellen die Angreifer zur Rede. Daraufhin kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Als Polizeibeamte vor Ort eintreffen, setzt ein 22-jähriger Rechter aus Wolfen seine rassistischen Drohungen fort. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung sowohl gegen die Rechten als auch gegen die Angegriffenen.

18. APRIL BITTERFELD-WOLFEN

Unbekannte Täter werfen kurz nach Mitternacht zwei Brandsätze über den Zaun des alternativen Wohn- und Kulturprojekts „AKW Bitterfeld“. Die Brandflaschen treffen einen Wohnwagen, der sowohl als Wohn- als auch als Büroraum genutzt wird. Nur durch Zufall befindet sich zu dieser Zeit niemand darin. Der Wagen brennt zum Teil aus, es entsteht ein Sachschaden von mehreren Tausend Euro. Den Bewohner_innen des „AKW Bitterfeld“ gelingt es, den Brand selbst zu löschen. Die Staatsanwaltschaft Dessau ermittelt wegen schwerer Brandstiftung.

Die bisherigen Stellungnahmen geben keine Hoffnung auf Veränderung: Auf eine Kleine Anfrage 2013 antwortete die Bundesregierung, dass „nach aufwändigen händischen Recherche“ für die Jahre 2008 bis 2010 die Anzahl der erfassten Straftaten gegen Sinti_za und Rrom_nja ermittelt worden sei und sie sich „im unteren zweistelligen Bereich“ bewegten. Daher bliebe es dabei, dass „antiziganistische Straftaten“ unverändert als „nicht bezifferbare Teilmenge der Hasskriminalität“ erfasst würden.

Antiziganistisch motivierte Gewalt wird auf diese Weise in den Statistiken der Behörden unsichtbar gemacht. Sie verschwindet in der Kategorie der so genannten „fremdenfeindlich“ motivierten Gewalttaten. Diese Erfassungsweise bedarf alleine schon deswegen dringend einer Reform, weil die Terminologie „fremdenfeindlich“ die Betroffenen rassistischer und antiziganistischer Gewalt zu „Fremden“ macht. Damit wird die Ideologie der Täter_innen reproduziert und Rassismus verschleiert. Die geforderte Erfassung kann aber nur einer von vielen wichtigen Schritten sein, antiziganistischer Diskriminierung und Gewalt zu begegnen. ■

Jahresbilanz 2014:

RECHTE GEWALT AUF BESORGNIS- ERREGEND HOHEM NIVEAU

111 politisch rechts und rassistisch motivierte Angriffe haben die Mobile Opferberatung und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten in Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg für das Jahr 2014 in Sachsen-Anhalt dokumentiert. 150 Menschen waren davon direkt betroffen. Damit verzeichnet die Mobile Opferberatung – im Gegensatz zum Innenministerium – lediglich einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr.

Statistisch gesehen ereignete sich im Jahr 2014 etwa an jedem dritten Tag eine politisch rechts motivierte Gewalttat in Sachsen-Anhalt, wobei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. So waren wir im März 2014 noch von 116 Angriffen für das Jahr 2013 ausgegangen. Inzwischen hat sich die Zahl für 2013 durch Nachmeldungen auf 141 erhöht. Aus Erfahrung wissen wir also, dass wir bis Ende 2015 noch von weiteren rechten Gewalttaten aus 2014 erfahren werden.

ERHEBLICHES WAHRNEHMUNGSDEFIZIT

Das Wahrnehmungsdefizit der Strafverfolgungsbehörden hat sich im Jahr 2014 dramatisch erhöht. Lediglich 47 politisch rechts motivierte Gewalttaten – und damit weniger als die Hälfte der Fälle, die der Mobilen Opferberatung bekannt wurden – hat das Innenministerium in 2014 gezählt. Auch bei rassistischer Gewalt, deren Anteil an den von uns registrierten Fällen auch in 2014 knapp 60 Prozent betrug, fällt eine mangelnde Anerkennung des Motivs seitens der Behörde auf. Ein Beispiel ist der Angriff auf einen somalischen Flüchtling am 20. Februar 2014 im Merse-

burger Bahnhof. Der 23-Jährige war zunächst rassistisch beleidigt und dann geschlagen worden. Während das Amtsgericht Merseburg in seinem Urteil gegen einen der Angreifer von einem rassistischen Motiv ausging (siehe Artikel Seite 3), wertete das LKA Sachsen-Anhalt die Tat nicht als politisch rechts motiviert. Auch im Falle eines Angriffs auf einen 36-jährigen Iraker am 29. Mai 2014 in Weißenfels wurde Rassismus als Tatmotiv nicht offiziell anerkannt: Ein 22-jähriger Mann bedroht den Iraker nachts in einem Imbiss mit einem Messer. Der Betroffene erkennt in ihm den Täter, der ihn bereits schon einmal gedroht hatte und dies damit erklärte, dass er „Ausländer hasse“. Als ihn der Besitzer des Ladens verweist, bleiben er und seine Freunde davor stehen und einer von ihnen zeigt mehrfach den sog. „Hitlergruß“. Nach Stunden treffen sie erneut auf den 22-Jährigen, der plötzlich mit einem Messer auf den Iraker einsticht. Der Betroffene muss mit einer stark blutenden Armwunde notoperiert werden. Der Angreifer wird später vom Landgericht Halle wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Zu den Hauptbetroffenen politisch rechts motivierter Gewalt gehörten auch in 2014 neben von Rassismus Betroffenen (67 Angriffe, 2013: 83) politisch Aktive, also Menschen, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren (23 Angriffe, 2013: 20) sowie nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene (16 Angriffe, 2013: 32).

STRAFTATBESTÄNDE UND SCHWERPUNKTE

Bei mehr als 90 Prozent der dokumentierten Fälle handelt es sich um Körperverletzungsdelikte (101). Zudem wurden zwei Brandstiftungen und acht Nötigungen bzw. Bedrohungen aufgrund der jeweils gravierenden Folgen für die Betroffenen in die Statistik aufgenommen.

Schwerpunktregionen rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt waren in 2014 vor allem der Saalekreis mit 20 Angriffen (2013: 8) – wobei bis auf zwei alle in Merseburg stattfanden, Halle (Saale) mit 18 (2013: 19) sowie der Altmarkkreis Salzwedel mit 13 Angriffen (2013: 5). Während sich die Gewalt in Merseburg insbesondere gegen Flüchtlinge bzw. deren Unterstützer_innen richtete und auch in Halle (Saale) überwiegend rassistisch motiviert war, wurden im Altmarkkreis vorwiegend nichtrechte Jugendliche und Erwachsene sowie politisch Aktive von Neonazis angegriffen. Vielen von ihnen mangelt es mittlerweile an Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden, so dass hier nur die schwerwiegendsten Taten zur Anzeige gebracht wurden. Dahinter folgen das Jerichower Land (12; 2013: 10), Magdeburg (9; 2013: 34), der Landkreis Wittenberg (7; 2013: 9) sowie der Landkreis Harz mit 8 Angriffen (2013: 5).

Die Suche nach den Ursachen für das Wahrnehmungsdefizit der Behörden wird uns auf jeden Fall weiter beschäftigen. Denn allein mit den von uns registrierten, nicht zur Anzeige gebrachten Fällen, die mit 25 Prozent in 2014 etwas höher lagen als in den Vorjahren (2013: 20 Prozent), sind die aktuellen Erfassungsunterschiede nicht erklärbar. ■

22. APRIL BITTERFELD-WOLFEN

Vier verummte Neonazis versuchen gewaltsam in eine Wohnung eines Alternativen in der Innenstadt einzudringen. Sie drohen „Komm raus, wir wissen, dass du da bist!“ und versuchen, die Haustür mit einer Schraubenzieher aufzubrechen. Nachdem ihnen das misslingt, flüchten sie.

6. MAI BITTERFELD-WOLFEN

Gegen 22:30 Uhr wirft ein unbekannter Täter einen Gullideckel durch die Scheibe eines beleuchteten Büroraums und sprüht sofort danach Reizgas hinein. Ein noch zur Tatzeit in dem Raum tätiger Mann bleibt unverletzt. Der Anschlag galt offensichtlich dem Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, das sich in dem Gebäude befindet und durch einen Schriftzug über die gesamte Fensterfront erkennbar ist. Es wird wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt.

7. MAI HALLE (SAALE)

Im Stadtteil Silberhöhe werden vier rumänische Roma von einem 30-jährigen Mann zuerst beleidigt und später mit einem Messer bedroht. Die Betroffenen fliehen und alarmieren die Polizei. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Bedrohung.

Auf der website www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

LESETIPP: NEUES ONLINE-DOSSIER

Das Onlinedossier „Perspektiven und Analysen von Sinti und Roma in Deutschland“, herausgegeben und redaktionell betreut von Isidora Randjelovic und Jane Schuch, bietet eine spannende Artikel- und Interviewsammlung zum Thema. Die Beiträge thematisieren den spezifischen Rassismus gegen Rrom_nja und Sinti_zza und deren strukturelle Diskriminierungen, die sich etwa im Umgang des deutschen und europäischen Rechtssystems mit geflüchteten Rrom_nja zeigt. Im Dossier finden sich darüber hinaus Artikel und Interviews zum Porajmos, dem nationalsozialistischen Völkermord an Sinti_zza und Rrom_nja und zu einer kritischen Analyse dominanter Geschichtsschreibungen. Andere Beiträge beschreiben verschiedene Formen der Selbstorganisation und der Selbstermächtigung. Die Herausgeberinnen und Autor_innen, die sich in verschiedenen Selbstorganisationen wie etwa der IniRromnja, einem Netzwerk Berliner Sinti- und Roma-Frauen oder dem Bundes-Roma-Verband engagieren, geben einen Einblick in gesellschaftlich „minorisierte(n) Perspektiven und Erfahrungen in ihrer Vielfalt und eröffnen eine neue Perspektive auf Rrom_nja als Analytiker_innen der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Das Dossier, das für das Migrationspolitische Portal der Böll Stiftung entstand, steht online unter <http://heimatkunde.boell.de/dossier-sinti-und-roma>



DREI NEUE DOKUMENTARFILME ZUM PORAJMOS

Drei neue Dokumentarfilme zum nationalsozialistischen Völkermord an Sinti_zza und Rrom_nja, dem „Porajmos“, hat das AJZ Dessau produziert. In „Nicht wiedergekommen“, „Meine Großmutter hat uns das Leben gerettet“ und „Was mit Unku geschah“ begleitet ein Kamerateam Überlebende des Porajmos zu verschiedenen Orten in Magdeburg, die für sie persönlich und in Bezug auf die Verfolgungsgeschichte relevant sind. Die Zeitzeug_innen berichten, wie das Leben ihrer Familien im Nationalsozialismus zerstört wurde. Allein im März 1943 wurden 470 als Sinti_zza und Rrom_nja markierte Menschen in Magdeburg und Umgebung verhaftet und in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert. 340 von ihnen überlebten das NS-Vernichtungslagersystem nicht. Zwar hat die Stadt Magdeburg beispielsweise mit einem 1998 in der Innenstadt errichteten Denkmal oder mit einer Straßenumbenennung Anfang letzten Jahres zumindest einige sichtbaren Orte geschaffen, die an die Verfolgung der Rrom_nja und Sinti_zza in Magdeburg erinnern. Dennoch ist dieser NS-Völkermord in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts bzw. Magdeburgs weitgehend verdrängt oder in Vergessenheit geraten. Die drei Dokumentarfilme können zu einer ersten Auseinandersetzung mit der lokalen Verfolgungsgeschichte von Sinti_zza und Rrom_nja beitragen. Die Filme sind als DVDs beim [AJZ Dessau \(ajz.dessau@gmail.com\)](mailto:ajz.dessau@gmail.com) für 10€ plus bzw. alle drei für 25€ plus Versandkosten bestellbar.

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ **Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.**
- ▶ **Wir sind unabhängig und parteilich.**
- ▶ **Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.**
- ▶ **Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.**

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 44 67 10
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de